PRESSEAUSSENDUNG

Appell an Bundesminister Norbert Totschnig: Ohne intakte Natur keine zukunftsfähige Landwirtschaft

- Umwelt- und Bauernorganisationen warnen vor Aufweichung der EU-Umweltstandards und fordern eine Agrarpolitik und EU-Budget für Artenvielfalt und Zukunft bäuerlicher Betriebe

Wien (OTS) - Noch nie dagewesene Dürren, Hochwasserereignisse und die rasant zurückgehende Biodiversität zeigen: Ein „weiter wie bisher" in der Landwirtschaft wäre trügerische Illusion. Landwirt:innen, Konsument:innen und die Natur als unsere Lebensgrundlage brauchen eine echte Trendwende, fordern die Umweltschutzorganisationen BirdLife Österreich, Global 2000 und Umweltdachverband sowie die Bauernorganisationen Österreichische Berg- und Kleinbäuer:innenvereinigung und Erde & Saat.

Die aktuellen Entwicklungen in der EU-Politik zeigen jedoch in Richtung Aufweichen erreichter Umweltstandards und Deregulierung – beispielsweise bei Brachflächen und Pestizideinsatz. Eine resiliente Landwirtschaft entsteht aber nicht durch den Abbau von Umweltstandards, sondern durch eine ausreichende und langfristige Abgeltung wirksamer Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen. Die durch Kürzungen verringerten GAP-Gelder müssen gezielt dafür eingesetzt werden, jene Betriebe zu unterstützen, die diese Leistungen erbringen. Das sichert nicht nur ihre wirtschaftliche Existenz und ermöglicht die Fortführung bestehender Maßnahmen, sondern schafft auch Anreize für weitere Betriebe, an Agrarumweltprogrammen teilzunehmen.

Katharina Bergmüller von BirdLife Österreich betont: „Von entscheidender Bedeutung für unsere Feld- und Wiesenvögel, Bestäuber und Niederwild sind ein Mindestanteil an echten Brachflächen im Ackerland sowie spät gemähten Blumenwiesen im Grünland. Die positive Wechselwirkung mit gesundem Boden und Wasserhaushalt hat sich bei vielen Landwirten in Österreich längst verankert und sollte weiterhin mit Voraussetzung für EU-Fördermittel bleiben."

Matthias Böhm von Erde & Saat warnt: „Immer mehr Betriebe stehen vor dem Aus, der heurige Dürresommer brachte viele Betriebe an ihre Grenzen. Es braucht daher eine auch langfristig verlässliche Unterstützung bei der nachhaltigen Umstellung und den Erhalt von Betrieben sowie eine dementsprechende Vermarktung, um unsere Lebensmittelversorgung zukunftstauglich zu halten."

Ludwig Rumetshofer, ÖBV-Via Campesina Austria: „Die Dürre im Sommer und Herbst 2026 führt einmal mehr vor Augen, wie stark die Klimakrise bäuerliche Existenzen bedroht. Besonders hart trifft es kleine und mittlere Betriebe, deren wirtschaftliche Existenz vielfach schon unabhängig von der Klimakrise gefährdet ist. Denn eine Agrarpolitik, die vor allem große Betriebe begünstigt, lässt die Strukturen und Leistungen kleiner und mittlerer Betriebe zu wenig anerkennen und abgelten. Dabei leisten gerade diese Betriebe einen unverzichtbaren Beitrag zum Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, erhalten unsere Kulturlandschaften und sichern die regionale Lebensmittelversorgung. Es braucht daher einen Kurswechsel: eine Agrarpolitik, die kleine und mittlere Betriebe gezielt stärkt, ihre Umwelt- und Klimaleistungen langfristig fair abgilt und ihnen eine Zukunftsperspektive sichert".

Franz Maier, Präsident des Umweltdachverbandes: „Wer heute beim Natur- und Umweltschutz spart, gefährdet die Landwirtschaft von morgen. Gesunde Böden, sauberes Wasser und Artenvielfalt sind keine

Luxusgüter, sondern unsere Lebens- und Produktionsgrundlagen. Die EU-Agrarpolitik muss diese Grundlagen langfristig sichern, statt bewährte Umweltstandards aufzuweichen. Die österreichische Bundesregierung ist gefordert, sich in Brüssel für verbindliche Umweltmaßnahmen und eine zukunftsfähige Landwirtschaft stark zu machen."

Bundesminister Totschnig trat beim Agrarministerrat am 26. Oktober als einziger für einen EU-weit einheitlichen Mindestanteil von eindeutig zweckgewidmeten Geldern für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen sowie die Unterstützung der Biologischen Landwirtschaft ein – eine gute Investition in die Zukunft vor allem in Hinblick auf die Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen – doch das ist noch nicht genug. Laut Kommissionsvorschlag für die Ausgestaltung müssen auch Fördermittel für Betriebsumstellungen vorgesehen werden. Bisher lassen sich auf österreichischer Ebene jedoch keinerlei Ambitionen erkennen, die Landwirt:innen bei einer ernsthaften Transformation hin zu agrarökologischen und klimaresilienten Produktionsweisen, darunter die biologische Produktionsweise, zu unterstützen.

Abschließend fordern die Organisationen unisono:

„Bundeskanzler Stocker und die Minister:innen Totschnig, Bauer und Meinl-Reisinger werden dringend aufgefordert, sich bei den weiteren EU-Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen – vor allem im Europäischen Rat am 26. November – und zur Gemeinsamen Agrarpolitik für effektive und EU-weit verbindliche Agrarumweltmaßnahmen und Förderbedingungen einzusetzen. Außerdem sollten sie weitere Partner unter den EU-Mitgliedsstaaten suchen, was nicht nur unserer Natur, sondern vor allem den Landwirt:innen und Konsument:innen dienen wird."